

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Dienstag, 15. Dezember 1981

Blatt 3365

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Dachgleiche bei AKH-Neurochirurgie  
(rosa) Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte

"Zeig Herz - hilf mit!": Pensionistentarif: Sozialpaß ausstellen lassen

Lokal: Camillo-Sitte-Preis für Prof. Dr. Werner Ernst  
(orange)

Nur über FS: 15.12. Winterdienst sorgt für reibungslosen Frühverkehr  
Neue Einbahnen in Floridsdorf  
Verkehrsunfall blockierte den "25er"  
Weißer Hund flitzte vor U-Bahn-Zug

Dachgleiche bei der AKH-Neurochirurgie (1)

=++++

2 #Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Dienstag nachmittag wurde beim Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses Dachgleiche für die Neurochirurgische Universitätsklinik gefeiert. Mit dem Rohbau des Gebäudes war 1980 begonnen worden, die Fertigstellung wird 1983 abgeschlossen sein. Das Klinikgebäude umfaßt einen umbauten Raum von rund 39.000 Kubikmeter und wird inklusive Einrichtung rund 400 Millionen kosten.

Die Neurochirurgie hat sich im vergangenen Jahrzehnt so rasch entwickelt, wie kein anderes chirurgisches Spezialfach in einer so kurzen Zeitspanne. Hauptursache dieser sprunghaften Entwicklung war die Einführung des Operationsmikroskops in den neurochirurgischen Operationssaal. Dieses Mikroskop ermöglicht Operationen an den feinsten Nerven und Gefäßen des Gehirns, des Rückenmarks und der peripheren Nerven, wobei die Lebensgefahr bei schwersten Hirnoperationen auf ein geringes Maß gesenkt wird und die Funktion der operierten Organe optimal erhalten werden kann.#

Zwtl.: Erfolge in der Mikrochirurgie

In der Neurochirurgie sind in den vergangenen Jahren Spezialgebiete entstanden wie z.B. die Mikrochirurgie der Hirngefäße bei Hirnblutungen und Schlaganfällen als Folge von Gefäßverschlüssen, die Mikrochirurgie, der Hirntumore, die Kinderneurochirurgie, die orthopädische Neurochirurgie, die Mikrochirurgie der peripheren Nerven, die funktionelle Neurochirurgie zur Behandlung von Bewegungsstörungen, Epilepsie und schweren Schmerzzuständen usw.

Schon jetzt sind die Leistungszahlen der Neurochirurgischen Universitätsklinik enorm: Im Jahresdurchschnitt werden 2.400 Patienten stationär behandelt - damit sind die vorhandenen Betten voll ausgelastet. Diese Patienten kommen nur zu 55 Prozent aus Wien, zu 45 Prozent aus den anderen Bundesländern. (Forts.) red/bs

NNNN

Dachgleiche bei der AKH-Neurochirurgie (2)

=++++

3 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) An der neuroradiologischen Abteilung werden an rund 5.200 Patienten zum Großteil Spezialuntersuchungen durchgeführt. Jährlich werden 1.800 operative Eingriffe vorgenommen.

Die neue Neurochirurgie wird für Fußgänger vom Haupteingang des AKH und von der Fußgängerrampe über die beiden Gürtelstraßen - mit Anschluß an die zukünftige U-Bahn-Station Michelbeuern - zu erreichen sein. Rettungsfahrzeuge und Taxis fahren vom inneren Gürtel zu, Privat-PKW können in der großen Tiefgarage parken. Vom Hauptgebäude wird es eine geschlossene Verbindung in den Komplex Kinderklinik/Psychiatrie und von dort in die Neurochirurgie geben. Damit ist auch ein Anschluß an die Notfallabteilung bei der Liegendkrankenvorfahrt des Hauptgebäudes gegeben.

Alle medizinisch genützten Räume der neuen Neurochirurgischen Universitätsklinik werden mit Frischluft klimatisiert. Die Lüftungsanlagen werden eine Dampfbefeuchtungsanlage erhalten. Aus der Abluft wird Wärme zur Beheizung rückgewonnen. Die Raumtemperatur wird durch Thermostate geregelt, wobei die Klimatisierung eines Raumes abgeschaltet werden kann, wenn die Fenster geöffnet werden.  
(Schluß) red/gg

NNNN

Pensionistentarif: Sozialpaß ausstellen lassen

Utl.: 120.000 Wiener haben Anspruch

=++++

6 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Rund 120.000 Einkommensschwächere Pensionisten haben auf Grund der mit 1. Jänner 1982 in Kraft tretenden Tarifreform der Wiener Verkehrsbetriebe Anspruch auf einen verbilligten Vorverkaufsschein beziehungsweise eine Monatsnetzkarte. Voraussetzung dafür ist allerdings die Ausstellung des Sozialpasses. Trotz verschiedener Informationen über diese Möglichkeit haben bisher jedoch erst 3.500 Wienerinnen und Wiener davon Gebrauch gemacht und sich einen Sozialpaß beim Sozialreferat ihres Wohnbezirktes gelöst.

Anspruchsberechtigt sind: Wer derzeit über ein monatliches Einkommen abzüglich der Miete bis 3.961 S für Alleinstehende beziehungsweise 5.844 S für Ehepaare verfügt, kann eine besonders verbilligte Monatsnetzkarte zum Preis von 125 S erwerben. Außerdem hat diese Pensionistengruppe die Möglichkeit zum Kauf verbilligter Vorverkaufsscheine zum Preis von 6,40 S. Wer ein derzeitiges monatliches Einkommen abzüglich Miete bis 4.291 S für Alleinstehende beziehungsweise bis 6.330 S für Ehepaare hat, für den gibt es eine verbilligte Monatsnetzkarte zum Preis von 160 S. Zur Berechnung der Einkommensgrenzen wird bekanntlich das monatliche Nettoeinkommen inklusive Hilflosenzuschuß und Beihilfen, mit Ausnahme der Blindenbeihilfe, abzüglich der gesamten Miete herangezogen.

Daß diese Regelung mit Beginn des kommenden Jahres in Kraft tritt, appelliert das Sozialamt an die älteren Wienerinnen und Wiener sich noch heuer den dafür notwendigen Sozialpaß ausstellen zu lassen. Für die Antragstellung sind folgende Unterlagen notwendig: Staatsbürgerschaftsnachweis oder Reisepaß, Meldezettel, Einkommensnachweis, Mietzinsnachweis und ein Foto. (Schluß) zi/gg

NNNN

*Zeig Herz-hilf mit!*



Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages wurde am Dienstag, um 9 Uhr, unter dem Vorsitz des Ersten Landtagspräsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) mit der Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wieso dem angeblichen US-Millionär John Wayne Hilmer die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft binnen zehn Wochen zugesichert wurde, antwortet Landeshauptmann GRATZ, daß diese Zusicherung nicht durch den Wiener Landtag erfolgte, sondern in einem Vertrag zwischen einem Bevollmächtigten Hilmers und dem Finanzstadtrat in Aussicht gestellt wurde. Es sei die Absicht des Amerikaners, Investitionen in hohem Ausmaß in Wien zu tätigen. Als Bankgarantie werden eine Million US-Dollar hinterlegt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob geklärt ist, daß John Wayne Hilmer Berufserfahrung mitbringt, antwortete Gratz, er sei überzeugt, daß geneue Recherchen zur Person und zur wirtschaftlichen Situation Hilmers vor der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft angestellt werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob rechtliche Möglichkeiten bestehen, die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wieder rückgängig zu machen, antwortete Gratz, daß zunächst das Verleihungsverfahren abgewartet werden soll. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. FÜRST (ÖVP), inwieweit die Polizei in der Lage sei, öffentliche Veranstaltungen ausreichend zu betreuen, teilte Landeshauptmann GRATZ mit, daß nach Auskunft der Bundespolizeidirektion Wien seit 1945 sämtliche Versammlungen und Demonstrationen ausreichend betreut werden und Ausschreitungen im wesentlichen vermieden werden konnten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der Landeshauptmann einen Saalschutz für politische Parteien für erforderlich hält, sagte Gratz, daß ein Saalschutz in Form von organisierten Verbänden für ihn nicht denkbar sei. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum bei Ausschreitungen in der Gentzgasse zwischen Steinhofgegnern und Steinhofbefürwortern das Einschreiten der Polizei nicht gewünscht wurde, sagte Gratz, das die Polizei nur dann eingreifen sollte, wenn es wirklich notwendig ist. Mit dem speziellen "Wiener-Weg" der Polizei kann mehr erreicht werden als durch hartes Durchgreifen. Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. UHL (ÖVP), wieviel Miete und Betriebskosten das Land Wien für die Unterbringung der Landesfahrzeugprüfstelle in der Schlechtastraße bezahlt, antwortete Landeshauptmann Gratz: Vom 1. Mai 1976 bis 31. Dezember 1981 waren es 3,88 Millionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem Termin zum Bau einer eigenen Landesfahrzeugprüfstelle sagte Gratz, daß ein derartiges Projekt im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu den Prioritäten zählt. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE ob die Mietkosten nicht indirekt eine Subvention des ARBB, einer Vorfeldorganisation der sozialistischen Partei sind, betonte Gratz, daß die Entgelte eindeutig korrekt berechnet sind und daher auch keine versteckte Subvention darstellen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ), welche wesentliche Änderungen der neue Entwurf zum Jugendwohlfahrtsgesetz bringt, sagte LHptm.-Stellv. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß das Gesetz als beste Voraussetzung für die Entwicklung der Jugendlichen vor allem um die Stärkung der Familien bemüht ist. Die öffentliche Jugendwohlfahrtspflege wird unter Verwendung von ausgebildetem Fachpersonal zu erfüllen sein. Die Erziehungsfürsorge wird nur noch zwischen Maßnahmen unter Belassung des Minderjährigen in seiner Umgebung und solchen unter Entfernung von seiner bisherigen Umgebung unterscheiden. Die noch bestehenden Unterschiede zwischen der Rechtsstellung unehelicher und ehelicher Kinder werden weiter angeglichen. Das Pflegeverhältnis und damit die Stellung der Pflegeeltern wird neu geordnet. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem Anteil des Landes Wien an der Gestaltung des Gesetzesentwurfes sagte Sandner, dieser liegt in der Verstärkung der Rechte der Pflegeeltern. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. OBLASSER (SPÖ) wieviele Ansuchen auf Wohnungsverbesserung 1981 erledigt werden konnten, sagte StR. HATZL, daß 13.000 Anträge für insgesamt 16.000 Wohnungen erledigt wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie lange die Verfahren von der Einreichung bis zur Erledigung dauern, sagte Hatzl, das hängt von verschiedenen Komponenten ab. Mit Hilfe der EDV konnte jedoch eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten erreicht werden. Im Regelfall dauert die Erledigung drei bis vier Monate, in Ausnahmefällen bis zu einem Jahr. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was die Erhöhung der Darlehenshöchstgrenze im Jahr 1982 auf 120.000 Schilling bewirkt, sagte Hatzl, diese Erhöhung ist ein Beitrag zur Stadterneuerung und zur Verbesserung von Substandardwohnungen. (Forts.) ga/bs

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE der LABg. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) wie sich die Verbesserung der Wohnbeihilfe für junge Familien auswirken, sagte StR. HATZL, daß die Einkommenssummen bei denen Jungfamilien nur mehr die Betriebskosten der Wohnung zu zahlen haben, bei einem Kind von 8.100 S auf 10.100 S, bei zwei Kindern von 9.600 S auf 11.600 S, bei drei Kindern von 11.100 S auf 13.600 S und bei vier Kindern von 12.600 S auf 14.600 S angehoben werden.

Auf der ERSTE ZUSATZFRAGE, wie viele Jungfamilien von dieser Regelung profitieren, sagte Hatzl, daß mehr als zwei Drittel aller Wohnbeihilfenbezieher Jungfamilien sind.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE welche sozialen Auswirkungen diese Regelung hat, sagte Hatzl, daß sie mithilft auch Familien mit geringem Einkommen eine neue Wohnung zu ermöglichen. (Forts.) ga/ap

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. OUTOLNY (SPÖ) inwieweit die Interessen Wiens im Entwurf für eine Novelle zur Straßenverkehrsordnung berücksichtigt wurden, sagte StR. HOFMANN, daß Wien eine Reihe von Abänderungsvorschlägen eingebracht hat, die besonders den Radfahrverkehr, die Einrichtung von Wohnstraßen und die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs betreffen. Auch die Bereitstellung von Strafgeldern zur Überwachung des ruhenden Verkehrs wurde angeregt. Die Vorschläge kommen ins parlamentarische Begutachtungsverfahren. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch Initiativen gegen die Beeinträchtigung der Umwelt durch den LKW-Verkehr geplant sind, sagte Hofmann, daß solche Initiativen generell nicht verordnet werden können, daß man sich aber um Verbesserungen bemühen wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der rigorisen Exekution des Nachtparkverbotes für LKW in Wohngebieten sagte Hofmann, daß eine Überwachung mit einem zusätzlichen Aufkommen von Strafgebühren ins Auge gefaßt wird. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7) enfällt!

=====

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE FRAGE von LAbg. Gertrude HÄRTEL (ÖVP), ob bei den Verhandlungen über eine Novellierung des Bundesstraßengesetzes bereits erreicht werden konnte, daß in Zukunft mehr Budgetmittel für Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß intensive Gespräche geführt worden sind, in denen die Stadt Wien konkrete Vorschläge unterbreitete, um eine bessere Berücksichtigung der spezifischen Verhältnisse in Ballungsräumen zu ermöglichen. Der nunmehr vorliegende Entwurf sieht die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen für bestehende und künftige Straßen aus Bundesmitteln vor. Darüber hinaus gibt es eine Forderung der Stadt Wien, nicht nur Einrichtungen zum Schutz von Anrainern sondern auch von Parkanlagen etc. aus Bundesmitteln vorzusehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob bei der Auffahrt vom Handelskai zur Nordbrücke Lärmschutzmaßnahmen gesetzt werden sollen, antwortete Hofmann, daß, sofern die Novelle beschlossen wird, das gesamte Bundesstraßennetz im Hinblick darauf untersucht wird, ob nachträgliche Lärmschutzeinrichtungen möglich bzw. sinnvoll sind. In diesem Zusammenhang sind allerdings auch Gespräche mit den Betroffenen notwendig, weil es manche gibt, denen die freie Aussicht wichtiger als der Lärmschutz ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob dies noch vor dem Sommer erfolgen wird, antwortete Hofmann, daß die Stadt Wien ebenso wie andere Bundesländer die Novellierung des Bundesstraßengesetzes dringend wünscht. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. KUCHAR (FPÖ), ob persönliche Daten von Schülern an Wiener Schulen an außerschulische Institutionen weitergegeben werden, wurde von Landeshauptmann-Stellvertreterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) verneint. In einer ERSTEN ZUSATZFRAGE wies Kuchar darauf hin, daß in Berufsschulen Listen mit vier Durchschlägen ausgefüllt wurden, wobei der Verbleib des vierten Durchschlages unklar sei. Fröhlich-Sandner sagte eine Prüfung dieser Angelegenheit zu. Auf eine ZWEITE ZUSATZFRAGE, was sie zu tun gedenke, falls dieser vierte Durchschlag an eine außerschulische Institution weitergegeben wurde, antwortete Fröhlich-Sandner, daß die betreffende Person in diesem Fall zur Verantwortung gezogen werden würde.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. HIRSCH (SPÖ), ob sich die Novelle zum Veranstaltungsgesetz zum Thema Straßenmusik in der Praxis bewährt habe, antwortete Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ), daß sich diese Novelle, die heuer im Sommer in Kraft trat, hervorragend bewährt hat. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der geringen Zahl der notwendigen Amtshandlungen. So gab es lediglich zehn Anzeigen und 25 Organstrafmandate. Zilk wies darauf hin, daß die Magistratsabteilung 7 von ihm aufgefordert wurde, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung einzuleiten. Auch in den betroffenen Bezirken bestehe daran Interesse. (Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LABg. Dr. KRASSER (ÖVP), ob Josef Hodic, der für die CSSR in Österreich Spionagedienst geleistet habe, noch immer österreichischer Staatsbürger sei, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ) mit ja; allerdings wurde bereits ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet. Ziel dieses Verfahrens ist die Feststellung, daß die Voraussetzungen für die Verleihung der Staatsbürgerschaft nicht gegeben waren. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum dieses Verfahren so lax betrieben werde, antwortete NEKULA, daß dies keineswegs der Fall sei. Es werde gemäß der österreichischen Rechtsordnung vorgegangen, um Verfahrensmängel auszuschließen, die Hodic eine Einspruchsmöglichkeit geben würden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Minister seinerzeit für die Verleihung der Staatsbürgerschaft eingetreten sei, antwortete NEKULA, der Bundesminister für Äußeres. (Forts.) ger/ap

Wiener Landtag (11)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von LABg. KUCHAR (FPÖ), wie verhindert werden könnte, daß in einem Haus ein Gasanschluß mehr als ein Jahr gesperrt ist, antwortete StR. NEKULA (SPÖ) daß es umfangreiche gesetzliche Regelungen dafür gibt. Das Haus Rotenhofgasse 27 im 10. Bezirk ist jedoch ein Sonderfall. Hier wurde vom Hauseigentümer ein Antrag auf wirtschaftliche Abbruchreife gestellt. Derzeit hat das Gericht einen Sachverständigen beauftragt, das Haus auf technische Abbruchreife zu überprüfen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob das Verfahren nicht hätte schneller abgewickelt werden können, antwortete Nekula, daß der Hauseigentümer zunächst gegen die Bestellung eines Sachverständigen Einspruch erhoben hat. In einem Rechtsstaat sind eben die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Zwangsmaßnahmen können nicht gesetzt werden, daß im Haus Auswechslungsmöglichkeiten wie Strom oder Propangas bestehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die gesetzlichen Möglichkeiten angesichts der Erfahrungen im Haus Rotenhofgasse 27 wirklich ausreichend sind, antwortete Nekula, daß die dort gemachten Erfahrungen für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend sind.

Auf die 14. ANFRAGE von LABg. HAHN (ÖVP), wie hoch die Sonderrücklage für Wohnbauförderung 1968 ist, antwortete StR. HATZL (SPÖ), 1.222 Millionen. Auf die ERSTE ZUSTAZFRAGE, warum im Jahr 1981 erst in den letzten beiden Monaten rund die Hälfte des Gesamtvolumens der Wohnbauförderung vergeben wurden, antwortete Hatzl, daß die Zusicherung der Fertigstellung von den eingereichten Unterlagen und der Überprüfung dieser Unterlagen abhängt. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob man 1982 um eine raschere Verteilung der Wohnbauförderungsmittel bemüht sein wird, erinnerte Hatzl daran, daß 1981 verschiedene Bestimmungen der Wohnbauförderung geändert wurden. 1982 wird das nicht der Fall sein, daher wird die Situation sicherlich leichter.

Auf die 15. ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob er bereit ist, den Verbleib der bisherigen Bewohner in Sanierungsobjekten zu sichern, antwortete StR. HATZL, daß es bei der Inanspruchnahme der großen Wohnungsverbesserung notwendig sein kann, daß die Mieter zumindest vorübergehend in anderen Wohnungen untergebracht werden müssen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob man den Mietern nicht zusichern könnte, daß sie wieder in die alte Wohnung einziehen können, antwortete Hatzl, daß die Gemeinde im eigenen Bereich dies ermöglicht, wo es geht. Wenn allerdings durch Wohnungszusammenlegungen in einem sanierten Haus weniger Wohnungen als früher vorhanden sind, können eben nicht alle wieder zurückziehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob man bei privaten Hauseigentümern bei der Zusicherung der Wohnbauförderung nicht verlangen könne, daß die Mieter wieder in das sanierte Haus zurückkehren können, betonte StR. Hatzl, daß mit den Antragstellern in dieser Richtung Gespräche geführt werden, um für die Mieter eine Lösung zu finden. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

18 wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Von der FPö lag eine dringliche Anfrage betreffend die Kontrolle von Wohnbauträgern vor. Landtagspräsident PFOCH (SPö) teilte mit, daß die Dringlichkeit der Anfrage am Schluß der Tagesordnung begründet wird.

Zwtl.: Novelle zur Landarbeiterordnung

Stadtrat NEKULA (SPö) beantragte die Novellierung der Wiener Landarbeiterordnung. Sie beinhalte Regelungen über eine Abfertigung bei Auflösung des Dienstverhältnisses. Gleichlautende Gesetze wurden auch vom Bund und in Niederösterreich beschlossen. LABg, JEDLETZBERGER (öVP) teilte mit, daß die öVP dieser Gesetzesänderung zustimmen wird. Die Abfertigungsregelung wird eine wesentliche Verbesserung für die Landarbeiter mit sich bringen. Sie wird allerdings auch eine zusätzliche Belastung für die landwirtschaftlichen Betriebe bedeuten. Jedletzberger bat um Verständnis für die schwierige Situation in der Landwirtschaft. Auf dem Energiesektor gab es seit 1973 Steigerungen um 800 Prozent für die Landwirtschaft. Verträge, die vor zehn Jahren abgeschlossen wurden, stimmen mit der gegenwärtigen Situation nicht mehr überein. Immer mehr Grünflächen werden verbaut. Die Versorgung mit Frischgemüse sei für Wien von großer Bedeutung.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung EINSTIMMIG ANGENOMMEN.  
(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Personalgesetze

=++++

19 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA (SPÖ) legte dem Landtag die Novellen zur Besoldungsordnung 1967 und zur Vertragsbedienstetenordnung 1979 zur Begutachtung vor.

LABg. HIRSCH (SPÖ) wies auf die Notwendigkeit und Integrität der Gemeindebediensteten hin. Die Bediensteten der Feuerwehr und der Rettung sowie der Verkehrsbetriebe, die Krankenschwestern und Ärzte sorgen dafür, daß Wien im Vergleich zu anderen Großstädten auf allen diesen Gebieten beste Leistungen für seine Bürger erbringt. Wenn Fehlleistungen durch Gemeindebedienstete entstehen, so ist auch die Gewerkschaft für eine Bestrafung der Betreffenden. Durch die Besoldungsreform und die Gesetzesnovelle ist dafür gesorgt, daß gerechte Löhne für gute Arbeit gezahlt werden.

Beide Novellen wurden einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (15)

Utl.: Unvereinbarkeitsgesetz

=++++

20 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von LABg. SEEBÖCK (SPÖ) beschloß der Landtag einstimmig, die Betätigung mehrerer Mitglieder der Landesregierung in Funktionen der Wirtschaft im Interesse der Stadt Wien zu genehmigen.

Zwtl.: Dringliche Anfrage

LABg. KUCHAR (FPÖ) begründete den Antrag auf dringliche Behandlung der Anfrage über die Kontrolle der geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt damit, daß der geförderte Wohnbau immer mehr Probleme schaffe. In ganz Österreich mehren sich die Skandale. Im Bereich der geförderten Wohnbauträger ist eine effizientere Kontrolle vordringlich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf dringliche Behandlung der Anfrage wurde einstimmig angenommen.

Zur Begründung der Anfrage meldete sich wieder LABg. KUCHAR (FPÖ) zu Wort. Die in das Wohnbauförderungsgesetz 1968 gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Wohnungen sind noch teurer geworden, die Baukosten sind explodiert. Die Konstruktion des Gesetzes ist an dieser Kostenexplosion mitschuldig. Die gemeinnützigen Wohnbauträger unterliegen nur einer geringen Kontrolle und sind allesamt verpolitisiert. Die Wohnungen im geförderten Wohnbau werden nur dann wieder erschwinglich sein, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- o Eine effizientere Gestaltung der inneren Kontrolle der Wohnbauträger; Trennung von Interessensvertretung und innerer Kontrolle.
- o Ende der Verpolitisierung.

Die FPÖ tritt für eine übergeordnete Kontrolle der geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien ein. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (16)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

21 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ ist für die dringliche Behandlung dieser Anfrage, weil sich in letzter Zeit die Fälle häufen, wo "Schwarze, schwarze Geschäfte machten", erklärte LABg. SALLABERGER (SPÖ). Der Vorarlberger Landtagsabgeordnete Renner, ein großer Mann in der ÖVP, hinterließ 40 Millionen Schulden. Im Burgenland kam es zu Unregelmäßigkeiten in der Wohnbaugenossenschaft Ost. Wieder war ein ÖVP-Abgeordneter, Rauchwarter, darin verwickelt. Dieser Landtagsabgeordnete hatte bis vor kurzem sehr gewichtige Fürsprecher. Die Genossenschaft hat sich zum Beispiel auch für die Restaurierung des Landesgerichtsgebäudes interessiert. Zum "Imperium" Rauchwarters gehörte auch eine Firma "Commerzdruck", die die "Politischen Briefe" herausgab. Eifriger Leser und Förderer dieser Briefe war der Wiener Landtagsabgeordnete Fürst, damals noch Bundesrat.

LABg. HAHN (ÖVP) betonte, daß der Prüfverband der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften laufend prüft und dabei sehr penibel vorgeht. Wenn das Kontrollamt prüft, müßte es auch laufend prüfen. Die Schwierigkeiten besteht dabei, daß bei Großprojekten oft erst nach Erstellung der Endabrechnung Unzukömmlichkeiten aufgedeckt werden können. Beispiel dafür ist der Wohnpark Alt-Erlaa. Dort prüften Rechnungshof und Kontrollamt und deckten doch nicht die Machinationen des Dr. Muchna auf. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Landtag (17)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

22 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. KUCHAR (FPÖ) stellte fest, daß eine übergeordnete Kontrolle notwendiger denn je sei. Es sei eine Interessenskollision der Bauaufsichtsorgane vorhanden, die gleichzeitig Wohnbauträger sind. Außerdem forderte Kuchar eine Anlaufstelle bei der sich Mieter, die sich überfordert fühlen, beschweren können.

Stadtrat HATZL (SPÖ) vertrat in Beantwortung der Anfrage die Meinung, daß keine Interessenskollision vorhanden sei. Eine Parallele zu den Bauaufsichtsorganen ist das Kontrollamt der Stadt Wien, das die Vorgänge in der Stadt überprüft und ebenfalls Bestandteil der Stadtverwaltung ist. Für die Wohnbauträger gibt es zahlreiche Prüfungen, bevor sie eine Wohnbauförderung erhalten. So bestehen zunächst gesetzliche Unternehmungskontrollen. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen werden mindestens alle zwei Jahre durch einen gesetzlichen Revisionsverband geprüft. Darüber hinaus ist die behördliche Überwachung der gesamten Geschäftsführung gemeinnütziger Bauvereinigungen vorgesehen. Die Landesregierung ist berechtigt, in alle Geschäftsunterlagen Einsicht zu nehmen. Abgesehen von diesen Prüfungen unterliegen einzelne gemeinnützige Bauvereinigungen auch der Einschau des Rechnungshofes. Jedes einzelne Bauvorhaben wird nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 auf seine Förderungswürdigkeit überprüft. Eine begleitende Kontrolle des Baugeschehens erfolgt durch die Bauaufsichtsorgane, die politische Kontrolle nimmt der Wohnbauförderungsbeirat wahr. Weitere Überprüfungen durch das Kontrollamt halte er nicht für sinnvoll, er wolle jedoch im Wohnbauförderungsbeirat die Frage einer weiteren Kontrolle von bestimmten Wohnbauträgern, nämlich der "sonstigen juristischen Personen" erörtern, sagte Hatzl. (Schluß) ba/bs

NNNN

Camillo Sitte-Preis für Prof. Dr. Werner Ernst

=++++

31 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Im Rahmen einer akademischen Feier wurde im Festsaal der Technischen Universität Wien dem Staatssekretär a. D. Professor Dr. Werner ERNST der Camillo-Sitte-Preis für Stadtgestaltung und Raumplanung verliehen. Als geschäftsführender Obmann des Camillo-Sitte-Fonds überreichte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf WURZER den Preis. (Schluß) we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

23 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde mit der Beratung über die Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung wieder aufgenommen.

StR. HATZL (SPÖ) sagte, daß der Schwerpunkt im Ressort 1982 auf der Stadterneuerung und der Instandhaltung städtischer Wohnungen liegt. Insgesamt sind 2,6 Milliarden für städtische Objekte veranschlagt, das bedeutet eine Steigerung von mehr als 20 Prozent. 110 städtische Wohnhausanlagen werden 1982 generalinstandgesetzt, die Errichtung von 6.000 Wohnungen wird fortgesetzt. 2.000 städtische Wohnungen stehen vor dem Baubeginn, 150 Aufzüge werden nachträglich in städtische Wohnhausanlagen eingebaut. Insgesamt wird durch die Wohnbauförderung der Baubeginn von 5.500 neuen Wohnungen ermöglicht, 10.000 Wohnungen können mit Hilfe der Wohnungsverbesserung verbessert werden. Insgesamt enthält das Budget 1982 11 Milliarden S für die Stadterneuerung. Wesentliche Schritte werden auf dem Weg gesetzt, in 20 Jahren in Wien den Substandard bei Wohnungen zu beseitigen.

Hatzl wies darauf hin, daß das Recht auf Wohnen ein sozialdemokratisches Grundrecht ist, das in Wien seit 60 Jahren in die Tat umgesetzt wird. Noch gibt es aber 200.000 schlecht ausgestattete Wohnungen und noch warten Tausende Wiener auf eine gute Wohnung. Um ihnen zu helfen, sind neue Wohnungen nötig und ist die Zuführung neuer Mittel durch neue Maßnahmen für den Wohnbau notwendig. Hatzl betonte, daß das vorliegende Budget eine positive Entwicklung auf dem Wohnungssektor garantiert und zusätzlich die Beschäftigung für Tausende Wiener und eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bewirkt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

24 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Aufstockung der Förderungsmittel ist ein Schritt zur Verbesserung des sozialen Wohnungswesens sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Der nächste Schritt, die Objektivierung der Vergabe, fehlt aber noch. Vorstellbar wäre ein Punktesystem. Es wäre objektiv, außerdem wüßte jeder, wie lange er ungefähr noch auf eine Wohnung warten muß. Ein Unterausschuß des Gemeinderates könnte Einsicht in die Vergabep Praxis nehmen und kontrollierend wirken. Der Datenschutz wäre dabei gewährleistet. Entscheidend ist, den Bürgern das Gefühl zu geben, daß die Wohnungsvergabe gerecht erfolgt.

Wir begrüßen es, sagte Kuchar, daß heute Einigkeit darüber besteht, daß der Stadterneuerung der Vorrang gebührt. Wir bedauern es aber, daß für diesen Zweck zu geringe Mittel zur Verfügung stehen. Nach wie vor gibt es keinen Plan, in welchen Etappen die Stadterneuerung vor sich gehen soll. Ebenso fehlen Kosten- und Finanzierungspläne. Die Sicherung von Arbeitsplätzen im Baubereich ist eine bittere Notwendigkeit. Wir dürfen keine Luxus-Stadterneuerung betreiben, sondern eine Stadterneuerung, die sich die Bürger leisten können.

Kuchar stellte den ANTRAG, für jene Mieter und Untermieter, die wegen der Rechtsform ihres Mietverhältnisses keinen Anspruch auf eine Beihilfe haben, eine Wiener Wohnbeihilfe zu schaffen.

Zum Mietrecht meinte Kuchar, daß die SPÖ alles getan habe, um einen funktionierenden Wohnungsmarkt zu verhindern. Betroffen werden dadurch die einkommensschwächeren Gruppen. Für die Altstadterhaltung sind mehr Mittel notwendig, das neue Mietrecht wird eine Sanierung gerade der schlechteren Häuser nicht ermöglichen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

26 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Das 10-Jahres-Programm für Stadterneuerung und Wohnbau, das vor der Volksbefragung vorgestellt wurde, ist kaum ernst zu nehmen, erklärte StR. NEUSSER (ÖVP). Man begnügte sich, Zahlen "hinzuwerfen". Der Bau von 60.000 Wohnungen und die Modernisierung von 100.000 Wohnungen in den nächsten 10 Jahren ergibt sich aus der Fortschreibung der derzeitigen Jahresleistungen. Wie man damit in 20 Jahren sämtliche Substandardwohnungen in Wien abschaffen kann, ist unerklärlich.

Die ÖVP hat nicht den Bau von 5.000 Wohnungen abgelehnt, sondern von 2.345. Vielfach war man dabei auch nicht gegen den Bau dieser Wohnungen, sondern gegen einzelne Modalitäten, wie zum Beispiel die Übertragung der Bauaufsicht an eine der SPÖ nahestehende Genossenschaft. Es wäre höchst an der Zeit, daß die SPÖ eine genaue Liste jener mehr als 5.000 Wohnungen vorlegt, die die ÖVP angeblich abgelehnt hat.

Das neue Mietenrecht wird zunächst zu einem Auftragsloch in der Wiener Bauwirtschaft führen. Denn erst nach einem halben Jahr wird man mit ersten Sanierungsarbeiten rechnen können. Um negative Auswirkungen auf die Wiener Bauwirtschaft zu verhindern, wäre es notwendig, daß die SPÖ endlich ein ausführliches Konzept für die Stadterneuerung in Wien vorlegt. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

28 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Im Budget 1982 sind 13,5 Milliarden Schilling für das Bau- und Baunebengewerbe vorgesehen. Ein Großteil davon wird in die Stadterneuerung fließen, stellte GR. LUSTIG (SPÖ) fest. 953 Millionen werden für die Instandhaltung von städtischen Wohnhausanlagen ausgegeben. Bei 65 Gemeindebauten wird die Sanierung fortgesetzt, mit der Renovierung von 110 städtischen Wohnhausanlagen und 65 städtischen Althäusern wird begonnen. Es werden 5.500 neue Wohnungen mit einer besseren Förderung und einer geringeren Belastung für die künftigen Mieter errichtet. Die ÖVP fordert den Neubau und lehnt dann die Projekte ab: Wo soll man in Wien bauen? fragte Lustig. Die SPÖ arbeitet, statt Pläne vorzulegen und Broschüren zu produzieren. Der Begriff Stadterneuerung umschließt auch einen Teil der Stadterweiterung, denn eines ist ohne den anderen nicht möglich.

Die ÖVP hat sogar mehr als 5.000 Wohnungen abgelehnt: 2.303 Wohnungen wurden im Gemeinderat, 3.333 im Wohnbauförderungsbeirat und weitere Wohnungen in den Bezirksvertretungen von der großen Opposition abgelehnt. Das macht zusammen über 6.300 Wohnungen, die heute nicht bestehen könnten. Sogar im Stadterneuerungsgebiet Ottakring wurden 24 Wohnungen abgelehnt.

Wo war das Engagement der ÖVP und der FPÖ beim Mietrechtsgesetz? Bei 200.000 Substandardwohnungen braucht man wirksame Mechanismen, um sie verbessern zu können. Das Mietrechtsgesetz wird einen wesentlichen Beitrag zur Stadterneuerung leisten. Es bietet aber auch den sozial Schwächeren Schutz. Im Rahmen des Mietrechtsgesetzes wurde die Mietzinsbeihilfe erhöht, es bietet die Möglichkeit einen Erhaltungsbeitrag anzusparen und den berüchtigten Paragraph 7 zurückzudrängen, sowie die Erweiterung des Kündigungsschutzes. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

29 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Dies alles zählt bei der Opposition nichts, stellte GR. LUSTIG fest. Die ÖVP ist gegen die Antastbarkeit bestehender Mietverträge und damit gegen die Möglichkeit, ungerechtfertigt hohe Mieten herabzusetzen. Durch das neue Mietrecht wird sich der Mieter stärker gegen Spekulation zur Wehr setzen können. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

30 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. EBERT (ÖVP) wandte sich zunächst gegen die Feststellung von GR. LUSTIG (SPÖ), die ÖVP habe dem Bau von Wohnungen in Alt-Erlaa nicht zugestimmt. Die ÖVP hat nur Bedenken gegen die Art des Baues gehabt, sagte Ebert. Ebenso bekennt sich die ÖVP generell zum sozialen Wohnbau, jedoch nicht immer in der Form, wie ihn die Sozialisten betreiben. Die Volksabstimmung hat der ÖVP diesbezüglich Recht gegeben. Ebert warf der SPÖ vor, den Eigentumswohnungsbau schlechter als den Genossenschaftsbau zu stellen, weil der Mitbesitz eben erhöhte Mitbestimmung bringt. Österreich steht in Europa bei Eigentumswohnungen nur an zehnter Stelle, Wien liegt in Österreich unter dem Durchschnitt. Zur Frage der Wohnbaufinanzierung sagte Ebert, daß es hier konkreter Vorschläge zur Senkung der Kreditspesen und zur Verbesserung des Bausparsystems bedarf. Was die von der ÖVP abgelehnten Wohnbauprojekte betrifft, so handelt es sich hier um Bauten in Grünflächen, um Schrebergartenverbauung und um zu teure Projekte. Im übrigen frage er sich, wer nun die zweifellos hohen Kosten für die Planung der Steinhofgründe zahlen wird.

Besondere Bedeutung im Rahmen des Wohnbaus und der Stadterneuerung kommt der Magistratsabteilung 25 zu, die die technisch-wirtschaftliche Prüfung der Förderungswürdigkeit von Bauvorhaben durchführt. Da diese Abteilung wegen Personalmangels nicht effizient genug arbeiten könne, stellte Ebert den Antrag, durch personelle Maßnahmen sicher zu stellen, daß diese Prüfungen rasch erledigt werden. Dabei ist zu prüfen inwieweit Personal der MA 24 zur MA 25 überstellt werden kann. Schließlich wies Ebert darauf hin, daß in Hamburg bei ähnlichen Problemen wie in Wien Stadterneuerung unter Mitarbeit aller Beteiligten betrieben wird. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

32 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien hat bisher rund 207.000 Wohnungen errichtet, sagte GR. LUDWIG (SPÖ). In keiner anderen Stadt gibt es einen so hohen Prozentsatz kommunaler Wohnungen. Dies ist auch ein Grund, warum die Wohnungsprobleme bei uns bei weitem nicht so groß sind wie in anderen Städten. 11.000 Geschäftslokale zeigen, daß die Stadt Wien auch sehr viele für die Nahversorgung tut. 52.000 Wohnungen sind mit Zentralheizungen ausgestattet. Im kommenden Jahr sind mehr Mittel für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser vorgesehen. 186 Althäuser wurden seit 1971 von der Stadt Wien erworben.

Insgesamt ca. 6.000 Wohnungen werden im kommenden Jahr gefördert. Die Stadt Wien selbst wird 2.000 Wohnungen bauen. 1981 wurden 805 Millionen für die Wohnungsverbesserung aufgewendet. Die Sätze werden ab 1982 angehoben. Die Wohnbeihilfen betragen 1979 227 Millionen, 1980 277 Millionen, 1981 gibt es eine weitere Steigerung. Dadurch wird es auch jenen Personen, die über eine geringere finanzielle Leistungskraft verfügen ermöglicht, in einer modernen und schönen Wohnung zu wohnen. Die Wohnbeihilfen werden ab Jänner 1982 besonders für Jungfamilien verbessert.

Die Abwanderung erreicht in anderen großen europäischen Städten ein höheres Maß als in Wien.

Die Einführung einer Steuer auf nicht vermietete Wohnungen wurde bei der Volksbefragung von einer großen Mehrheit befürwortet.

Vor wenigen Tagen wurde auf den MIAG-Gründen der Spatenstich für die 145.0000. Gemeindewohnung nach 1945 vorgenommen. Im 3. Bezirk stimmte die ÖVP gegen einen von der FPÖ eingebrachten und von der SPÖ befürworteten Antrag, auf den Grundflächen der Stadt Wien Sozialwohnungen zu errichten. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

33 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ hat den Wohnbau in Wien nicht mehr im Griff, erklärte GR. UHL (ÖVP). Hunderte Mieter müssen am Rennbahnweg frieren, weil sie sich die Heizkosten nicht leisten können. In den Gemeindebauten gibt es Baumängel, bilden sich Schimmelpilze und die Aufzüge funktionieren nicht.

GR. MAG. KAUER (ÖVP) erklärte zum Debattenbeitrag von GR. Ludwig, daß sich die ÖVP im 3. Bezirk nicht gegen den sozialen Wohnbau ausgesprochen hat. Die "Vereinigte" SPÖ-FPÖ im 3. Bezirk wollte jedoch alle Grundstücke, die im Besitz der Stadt Wien sind und alle, die in Zukunft gekauft werden, nur für den Wohnbau verwenden. Damit gibt es keine Grundflächen für Schwimmbad, einen Kindergarten und dergleichen. Die ÖVP trat deshalb dafür ein, daß die Grundstücke vor allem für Wohnbauten verwendet werden sollen. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

34 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Durch die letzte Volksbefragung hat die sozialistische Mehrheit eine schwere Schlappe von den Wienern einstecken müssen, erklärte GR. PETRIK (ÖVP). Die Materialschlacht der SPÖ war vergebens. Das von Bürgermeister Gratz vorgestellte 10-jährige Wohnbauprogramm enthält nichts neues. Es entspricht dem derzeitigen Bauvolumen. Die Bürger verlangen eine Korrektur der SPÖ-Wohnbaupolitik. Der Denkkzettel soll ernst genommen werden. Die erste Frage nach der Weiterführung des sozialen Wohnbaus war nach 50 Jahren sozialistische Regierung in Wien ein Armutszeugnis dieser Partei. Mit einem Durchschnittsgehalt hätten die Kosten für eine Wohnung auf den Steinhofgründen nicht aufgebracht werden können. Wie sozial ist der soziale Wohnbau noch? fragte PETRIK. Das Vergabesystem für Gemeindewohnungen gehört geändert. Man müsse zuerst den wirklich Bedürftigen eine Wohnung geben. StR. HATZL hat in undemokratischer Vorgangsweise eine Diskussion zur Änderung des Vergabesystems abgelehnt. Nach dem derzeitigen Stand der vorgemerkten Wohnungssuchenden und der tatsächlichen Wohnungsvergabe würde es 30 Jahre dauern bis allen Wohnungssuchenden geholfen werden kann. GR. PETRIK stellte daher den ANTRG, daß einkommensschwächeren Personen und jungen Menschen verstärkt Altgemeindewohnungen sowie Wohnungen in städtischen Althäusern zuzuweisen sind. Zu diesem Zweck soll die Gemeinde Wien in verstärktem Ausmaß Althäuser zur Renovierung ankaufen. Dieser Antrag würde auch zur Forcierung der Stadterneuerung beitragen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

35 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) wies auf die Aspekte hin, die das Budget 1982 für die Stadterneuerung und die Wohnungsverbesserung beinhaltet. So wurden 13.000 Anträge zur Wohnungsverbesserung für 16.000 Wohnungen vergeben-5.000 Heizungen, 2.400 Bäder wurden neu installiert. Mit der Anhebung auf 120.000 Schilling Höchstgrenze pro Antrag wird im Jahr 1982 ein weiterer Beitrag zur Stadterneuerung geleistet. FREINBERGER warf der ÖVP ein gestörtes Verhältnis zum sozialen Wohnbau vor, wie es schon die Konservativen in der Ersten Republik gehabt haben. Er wandte sich auch gegen Behauptungen, daß Gemeindewohnungen nach anderen als sachlichen Kriterien vergeben werden. Es ist kein Geheimnis, sagte Freinberger, wer die Gemeindewohnungen bekommt, jeder kann nachsehen.

1981 wurden 60 Prozent der zugeteilten Wohnungen an junge Ehepaare vergeben. Vor allem sind es Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete, die eine Gemeindewohnung zugeteilt erhielten. Schließlich wandte sich Freiberger gegen den Vorschlag der ÖVP Gemeindegünde an Private als Baugrund zu vergeben, da diese Gründe dem Bau von Sozialwohnungen vorbehalten bleiben sollen. Abschließend dankte er allen mit Wohnungsfragen befaßten Beamten und bekannte sich zur Weiterführung der sozialistischen Wohnbaupolitik. (Forts.)  
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

36 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Eine ANFRAGE der ÖVP betreffend die Aufschlüsselung der Zuschüsse der allgemeinen Sozialhilfe, die 1980 und 1981 für Heizkosten und Miete gewährt wurden, wurde zugewiesen.

GR. HAHN (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP keineswegs gegen den Bau von rund 2.000 Wohnungen in Alt-Erlaa (Bauteil A und B) gestimmt habe. Trotz großer Überschreitungen wurde auch noch mehreren Nachtragskrediten zugestimmt. Erst einem weiteren Nachtragskredit im Jahre 1979 stimmte die ÖVP nicht mehr zu. Es sei falsch, sagte Hahn, daß die ÖVP gegen den Bau von 5.000 Wohnungen gestimmt habe. Die SPÖ bekam trotz dieser in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen einen Denkmittel.

1976 wurde der Bau der Wohnhausanlage auf den Marco-Polo-Gründen mit einem Kostenaufwand von 1,3 Milliarden beschlossen. Der heutige Stand der Kostenschätzung beträgt 2,2 Milliarden, dies bedeutet eine Steigerung um 68 Prozent. Architekt Glück plus FTB sind nicht billig, kritisierte Hahn.

Die Wienerberggründe sollten zum Teil an gemeinnützige Wohnbauvereinigungen, zum Teil aber auch an Private im Baurecht vergeben werden. Man sollte diese Frage nicht doktrinär behandeln, schloß Hahn. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

37 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPö) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung. Das Besondere am Wohnbauprogramm der Sozialisten ist, daß es die Fertigstellung von wesentlich mehr Wohnungen garantiert als das Wohnbauprogramm der ÖVP. Die Sozialisten wollen in den nächsten zehn Jahren 60.000 Wohnungen bauen, die ÖVP bloß 40.000.

Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser wurde 1976 282 Millionen ausgegeben. 1982 werden es 952 Millionen sein. Diese Steigerung ist beachtlich und zeigt den Willen der Stadtverwaltung, die städtischen Wohnhäuser zu sanieren und neu herzurichten. Es wäre nur zu wünschen, wenn private Hauseigentümer auch diesen Willen hätten.

In Neubauten werden fast ausschließlich von der Gemeinde Geschäftslokale eingeplant. Vor allem die ÖVP-nahen Wohnbaugenossenschaften machen von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch.

Die ÖVP spricht sich zwar lautstark gegen Wohnbauten aus, wo Kleingärten abgesiedelt werden müssen. In Simmering will jedoch eine ÖVP-Wohnbaugenossenschaft auf einen solchen Grund bauen. Wegen der ÖVP-Kritik werde er daher die Wohnbauförderung für dieses Bauvorhaben, die in der nächsten Sitzung der Wiener Landesregierung entschieden werden sollte, zunächst einmal zurückstellen.

Die Gemeindebauten dienen vor allem der Stadterneuerung. 59 Prozent der seit 1978 errichteten Wohnbauten liegen in Stadterneuerungsgebieten.

Stadtrat Hatzl warf Vizebürgermeister Busek vor, eine für diesen Nachmittag geplante Rede bereits zu Mittag über die APA verbreitet zu haben. Dieses Verhalten ist ebenso zu kritisieren wie seine gestrige, alleinige Teilnahme an der Polendemonstration. Auch andere Mitglieder des Gemeinderates - die bei der Gemeinderatsdebatte anwesend waren - hätten gerne teilgenommen.

(Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wohnen und Stadterneuerung

=++++

38 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) teilte mit, daß er Bürgermeister Gratz über seine Teilnahme an der Polendemonstration informiert und ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen habe. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

39 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Für Bildungsaufgaben stehen im kommenden Jahr fast fünf Milliarden zur Verfügung, berichtete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ). Der größte Teil fällt dem Schulwesen zu. Für die Sozialisten sei die Schule mehr als nur Unterrichts- und Bildungsstätte. Hier bilden sich Lebenschancen heraus, es werden Begabungen entfalten, Kreativität geweckt und Gemeinschaft erlebt. Die ÖVP hat mit ihrer Ablehnung der gemeinsamen neuen Schule dem österreichischen Schulwesen und der heranwachsenden Generation einen schweren Schlag versetzt. Für mehr als 50 Prozent die in die erste Klasse der AHS eintreten, bietet diese Schule keine kontinuierliche Bildung bis zur Matura. Sandner sprach die Hoffnung aus, daß sich die gemeinsame Schule in Zukunft durchsetzen wird.

Ein Schwerpunkt im Budget der Schulverwaltung ist die Berufsschule. Lehrlinge brauchen mehr Allgemeinbildung - im Interesse der jungen Menschen selbst, aber auch im Interesse der Wirtschaft. Es soll ein hohes Maß an Qualifikation vermittelt werden, die von einem Beruf auf den anderen transferierbar ist. Nur wenn die Jugend vielseitig gebildet und vielseitig ansprechbar ist, kann sie den neuen Aufgaben der Zukunft gerecht werden. Die Jugendlichen sind auf den guten Willen der Erwachsenen, denen sie kritisch gegenüber stehen, angewiesen. Oft treten ihnen diese Erwachsenen mit Mißtrauen oder sogar mit Angst gegenüber. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

40 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die Vizebürgermeisterin warnte davor, das Jugendproblem als Krawall- und Sicherheitsproblem zu sehen. "Gesellschaftliche Probleme können nicht durch den Einsatz von Polizei gelöst werden, - sie müssen von den Menschen, die diese Gesellschaft bilden, gelöst werden", sagte Fröhlich-Sandner. Wichtig sei es, das Gespräch zwischen den Generationen zu finden. Die Wiener Situation zeichnet sich dadurch aus, daß es keine Jugendarbeitslosigkeit gibt, und daß ein dichtes Angebot an kulturellen, sportlichen und freizeitorientierten Aktionen zur Verfügung steht. Für die außerschulische Jugendarbeit werden 1982 86 Millionen ausgegeben. Dies ist eine Steigerung um 153 Prozent seit 1976. Neue Möglichkeiten des Freizeitangebots bieten die Büchereien, die Modeschulen, die Musikschulen, das Konservatorium, die Landesbildstelle und die Volksbildung.

Eine Dienststelle die sich besonders durch ständiges Neuüberdenken und Reformen in ihrer Arbeit auszeichnet, ist das Jugendamt der Stadt Wien. Hier werden neue Möglichkeiten zur Betreuung der Jugend und zur Förderung der Familien gefunden und erprobt. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

41 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) forderte für die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ein Höchstmaß an Integration, jedoch ohne Nivellierung. Man muß Begabungsreserven ausschöpfen ohne darum in eine Gleichmacherei zu verfallen. Bedingt durch die wirtschaftliche Lage die Anforderungen in der Schule noch steigen müssen. Kuchar bedauerte, daß es aus budgetären Gründen nicht möglich sei, mehr Lehrer einzustellen, und daß die Zahl der Berufsschullehrer sogar sinke.

Anerkennung sprach Kuchar den Bemühungen und Leistungen von Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner in außerschulischen Jugendfragen aus. Hier ist auf dem Gebiet der Kommunikation, besonders der Jugendzentren viel erreicht worden. Dieser Arbeit ist es zu verdanken, daß es in Wien keine Jugendunruhen wie in anderen westeuropäischen Städten gibt. Abschließend warnte der Redner davor, die Probleme mit der Jugend zu politisieren und rief dazu auf, alle Fragen rund um die Jugend in gemeinsamer Arbeit zu lösen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

43 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Das Thema Jugend ist, in einem rund zehnjährigen Rhythmus, wieder ein Hit geworden, sagte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP). Die im Vergleich zu anderen Ländern relative Harmlosigkeit der Jugendproblematik in Österreich sollte nicht zu ihrer Unterschätzung verleiten. Der deutlichen Tendenz zum Rückzug ins Private, dem pragmatischen Angepaßtsein eines großen Teiles der Jugend steht ein zunehmendes Desinteresse an der Politik gegenüber. Anders als im Jahr 1968 bestehen keine bestimmten, formulierten Vorstellungen. Viele Jugendliche befinden sich vielmehr auf der Suche nach Werten. Es gibt aber auch Zeichen, die uns Mut zur Hoffnung machen.

Es ist nicht Aufgabe der Politik, die Menschen zu beglücken. Wir müssen schon zufrieden sein, wenn wir Unglück verhindern können. Die Politik soll sich davor hüten, Gemütlichkeit zu verordnen. Sie soll vielmehr die Voraussetzungen bieten, daß die Menschen ihr Glück selbst verwirklichen und finden können. Die Stadt lebt nicht allein von Prunkbauten und Straßen, sondern von den Menschen und der menschlichen Kultur. Mit dem Zubauen haben wir es relativ weit gebracht, sagte Busek. Das eigentlich Wichtige können wir aber nicht bauen. Mit der Schaffung eines Gefäßes ist das Problem des richtigen Inhalts nicht gelöst. Neue Schwerpunkte müssen gesetzt werden, welche die Entwicklung der sozialen Verhaltensweisen und Fähigkeiten zum Ziele haben. Wir müssen der Jugend wieder Ziele und Hoffnung geben. Die Jugendproblematik darf nicht isoliert betrachtet werden, sie ist ein Problem unserer Gesellschaft. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

44 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Unser Land sollte sich in den 80er Jahren wieder neue Aufgaben setzen, betonte Busek. Das Zittern um das Wirtschaftswachstum ist zuwenig. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation in Polen kritisierte Busek, daß niemand der Tendenz des Fremdenhasses entgegentritt.

Die Wohnungsfrage wird für Jugendliche immer mehr zum Problem. Busek machte den Vorschlag, sanierungsbedürftige Wohnhäuser an Jugendliche weiterzugeben. Er führt in diesem Zusammenhang das Beispiel einer Gruppe von Architekten und Lehrern an, die am Spittelberg ein Haus renovieren wollten, dabei aber enttäuscht wurden. Es wurde ihnen gesagt, daß die Renovierung nur durch die GESIBA durchgeführt werden dürfte. Die GESIBA reduzierte ihren Kostenvoranschlag um mehr als die Hälfte, als ihr die Gruppe ihren Voranschlag vorlegte.

In einer kurzen Wortmeldung bezeichnete Stadtrat HATZL die Darstellung von Vizebürgermeister BUSEK im Zusammenhang mit dem Spittelberg-Haus als unrichtig. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

45       Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien haben Vernunft und Verständnis im Dialog mit den jungen Menschen den Vorrang, erklärte GR. HANKE (SPÖ). Alternativen Formen der Kultur wird eine Chance gegeben. Die ÖVP hat dagegen jede Aktivität in diese Richtung - Amerlinghaus, Arena, Gassergasse - abgelehnt. Dr. BUSEK spricht diesen alternativen Gruppen zwar das Wort. Gleichzeitig ruft die ÖVP nach der Polizei. So wollte der ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Margareten die Leute aus der Gassergasse hinausprügeln lassen. Und immer wieder spricht die ÖVP von Selbstverwaltung - im eigenen Jugendzentrum "Metropol" gibt es diese nicht.

In konservativ regierten Ländern werden die Sozialleistungen und die Kulturausgaben gekürzt, in Österreich dagegen erhöht. Statt Dr. Kreisky in der Polenfrage zu kritisieren, stünde es Dr. Busek besser an, dafür einzutreten, daß konservativ regierte Länder mehr Polenflüchtlinge aufnehmen. Innenminister Lanc wurde initiativ, Aktivitäten von ÖVP-Politiker blieben jedoch aus. Daran kann man die Glaubwürdigkeit der ÖVP-Politiker messen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

46 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PROHASKA (ÖVP) bezeichnete die Wortmeldung seines Vorredners als Mischung aus Unterstellungen und Unwahrheiten und als Produkt einer ungezügelten Phantasie. Mit solchen Partnern könne es bei der ÖVP keine Diskussionsbereitschaft geben.

Die Jugendprobleme des Auslandes hätten auch bei uns schon ihre Auswirkungen gezeitigt. In der Großstadt bestehe regelrechte Kinderfeindlichkeit und Verständnislosigkeit zwischen den Generationen. Die seelische Verwahrlosung der Jugend führe zu psychischen Zivilisationschäden, auch wäre ein deutlicher Erfurchtsverlust spürbar. Als Ursache bezeichnete GR. Prohaska die Denaturalisierung des Wohnungsbereiches. Laut einer Arbeiterkammerstudie wäre der Bau der Stadtrandsiedlung wegen ihrer stark aggressionssteigernden Wirkung verfehlt. Er wolle aufzeigen, sagte GR. Prohaska, daß Jugendpolitik nicht zu eng zu sehen sei. Auch in anderen Ressorts müsse ihr mehr Bedeutung zugemessen werden.

Anschließend griff GR. Prohaska in scharfer Weise die Organisation der Kinderfreunde an, deren Einflußsphäre stark einzugrenzen wäre. Als Beispiel für die negative Wirkung der Kinderfreunde zitierte Prohaska aus einer internen Dokumentation der SPÖ über Initiativgruppen in der Großfeldsiedlung. Dort hatte eine Elterninitiative einen Abenteuerspielplatz errichten wollen, wurde aber angeblich gezwungen, das Grundstück und die Organisation den Kinderfreunden zu überlassen. Es sei zu massiven Versuchen gekommen, die Initiative unter Kontrolle zu bringen; die Gemeinde hätte Investitionen nur über die Kinderfreunde genehmigen wollen. (Forts.)  
roh/ös

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

47 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Für den verstärkten Ruf der Jugend nach mehr Selbstständigkeit gäbe es laut der AK-Studie in Wien keinerlei Verständnis, sondern kategorische Ablehnung. Die Jugendzentren würden nicht von, sondern für die Jugendlichen geführt. Das Konzept der Jugendzentren müsse neu überdacht, die Aufblähung der Verwaltung reduziert werden. Für die neue Art der Jugendbewegung mit ihren neuen Wertbegriffen werde der lange Arm der Kinderfreunde nicht ausreichen, meinte GR. PROHASKA abschließend. Für die Volkspartei sei er in dieser Hinsicht aber optimistisch. (Forts.)  
roh/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

48 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUBARZ (SPÖ) gab einen Überblick über die Aktivitäten der Wiener Pflichtschulen und trat für einen zweiten Berufsschultag für Lehrlinge ein. In Wien gibt es derzeit 380 Pflichtschulen, die sich in 213 Volksschulen, 112 Hauptschulen, 42 Sonderschulen und 13 Polytechnischen Lehrgängen aufteilen. Elf Prozent aller Schüler sind Ausländer. In den letzten Jahren gab es einen Rückgang an Schülerzahlen. Es wurden jedoch keine Klassen aufgelassen, sondern die Schülerzahlen pro Klasse verringert. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Schulversuche mit großem Erfolg durchgeführt. Besonders beliebt bei Schülern und Eltern ist die Ganztagschule. GR. Holubarz wies auf die Semesterferienaktion und auf die Aktion "Treffpunkt Schule" hin. Auch in den Behindertenschulen wurden Modernisierungen vorgenommen. In den Schulen für schwerstbehinderte Kinder wird ein Beförderungsdienst mit Kleinbussen durchgeführt. Besonders erfreulich sei die steigende Anzahl der Berufsschüler. Ab 1990 wird der Fremdsprachenunterricht als Pflichtgegenstand in den Berufsschulen eingeführt.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR. HANKE (SPÖ). Die Wiener Kinderfreunde sind als Trägerorganisation für die Elterninitiative in der Großfeldsiedlung aufgetreten, die dort einen Abenteuerspielplatz errichten. Dabei wurde keinerlei Zwang auf die Elterninitiative ausgeübt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

49 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) bekannte sich zur Aufforderung von GR. HANKE (SPÖ), kein Kriegsspielzeug zu schenken. Sie wandte sich dagegen, sozialistische Gesellschaftspolitik an den Schulen zu betreiben, sagte jedoch, sie sei für alle Maßnahmen, die den Kindern nützen.

Hampel-Fuchs betonte die Wichtigkeit der familären Atmosphäre bei der Kleinkindererziehung und sagte, sie gäbe daher den Tagesmüttern vor den Säuglings- und Kleinkinderkrippen den Vorzug. In diesem Sinne stellte sie den Antrag, in Zukunft keine zusätzlichen Krippen zu errichten und statt dessen den Bedarf an Tagesmüttern zu erheben und durch großzügige Subventionierung und Erhöhung der Zahl der Tagesmütter diesem Bedarf Rechnung zu tragen.

Um die Lage der schon geschädigten sogenannten schwierigen Kinder zu verbessern, stellte sie den ANTRAG, dem Modell des sozialpädagogischen Pflegeplatzes einen besonderen Stellenwert einzuräumen, dafür zu werben, um Pflegeeltern zu gewinnen und für diese sozialpädagogischen Pflegeplätze ein mindestens 100 Prozent erhöhtes Pflegegeld zu bezahlen.

Schließlich bemängelt Hampel-Fuchs die hygienische Sauberkeit des Sandes in den Wiener Sandkisten und stellte den ANTRAG, die Gemeinde Wien möge alle Spielsandkisten Mitte November jedes Jahres räumen und im März alle Sandkisten mit hygienisch einwandfreiem Sand füllen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

50 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Die sozialistische Gesellschaftspolitik hat Herz und Sinn für Kinder und ihre Chancen betonte GR. MRKWICKA (SPÖ). Er nannte die Berufsausbildung junger Menschen als ein Beispiel für Zusammenarbeit und positive Jugendpolitik. In konservativ regierten Ländern gibt es heute eine hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Veränderungen und Verbesserungen in der Berufsausbildung sollen diskutiert werden. Am Ende eines Jahrhunderts mit einem Tag Berufsschule pro Woche muß es möglich sein, darüber zu diskutieren, ob ein weiterer halber oder ganzer Tag eingeführt werden soll. Mrkwicka appellierte an die Wiener Betriebe, eine entsprechende Zahl von Lehrstellen, die eine ordentliche Ausbildung gewährleisten, bereitzustellen. Für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, sind Ausbildungseinrichtungen notwendig. Erforderlich ist weiter ein Ausbau des mittleren und höheren Berufsbildenden Schulwesens. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Bildung, Jugend, Familie

=++++

51 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung: Sozialisten haben Belehrungen über demokratisches Verhalten wahrlich nicht notwendig. Sie haben immer gegen Zwang und Unfreiheit gekämpft.

Kritik ist notwendig und sie soll das Bessere wollen. Kritik um des Spektakulären willen oder gar der Karriere wegen ist abzulehnen. Wir brauchen mehr Kinderfreunde und nicht Karrierefreunde, betonte Fröhlich-Sandner.

Die Stadt hat jedenfalls bewiesen, daß man aus Fehlern lernt. Die Ausstattung der Jugendzentren hat sich sehr verändert. Man sollte sich aus einem einzigen Besuch eines Jugendzentrums kein allgemeines Urteil anmaßen.

In einer gemeinsamen Schule für alle 10 bis 14jährigen könnte am besten demokratisches Verhalten erlernt werden. Diese Schule lehnt die ÖVP jedoch ab. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

52 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Kultur für viele zu machen ist das Anliegen der Stadt. Dabei muß man Altes und Neues gleichermaßen im Auge behalten, erklärte Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ).

Wien ist noch immer eine Kinostadt, hat die meisten ständig bespielten Theater in der Welt, bietet für junge Leute viele billige Lokale und neuerdings auch zwölf Jazz-Lokale - wie überhaupt Wien in letzter Zeit wieder eine Stadt der lebendigen Musik geworden ist. Und überall in der Welt wird auf Kosten der Kulturarbeit gespart - in der Bundesrepublik wird eine Diskussion um die Schließung von Theatern geführt - in Wien ist man jedoch in der Lage, trotz Sparen die Kulturarbeit fortsetzen zu können. Es wird nicht auf Kosten der Kultur gespart.

In Wien werden Akzente für viele gesetzt. Nächstes Jahr gibt es über sechs Wochen hin das Ballettfestival "Tanz 82". Beim TGM wird ein hoffnungsvoller Anfang gesetzt. Die Wiedergeburt des österreichischen Filmes wurde durch die Filmförderung der Stadt Wien ermöglicht. Filme wie "Der Schüler Gerber", "Die Blinde Eule", "Geschichten aus dem Wienerwald" und "Der Bockerer" wurden erst durch eine Förderung der Stadt Wien ermöglicht. Das neue Wiener Stadtkino ist in kurzer Zeit zu einem Treffpunkt von Jung und Alt geworden.

Wien ist wieder zu einer Stadt der großen Ausstellungen geworden. Die Picasso-Ausstellung besuchten schon 30.000 Menschen. Musikveranstaltungen wie der Jazz- und Popfrühling und die Orgelkonzerte sind große Erfolge.

Der Bürgerdienst der Stadt Wien nahm 1981 123.772 Anregungen, Wünsche und Beschwerden entgegen. In 7.537 schwierigen, persönlichen Problemen konnte geholfen werden. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

53 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach einleitend von einer grundlegenden Übereinstimmung in der Kulturpolitik. Das Kulturbudget in der Höhe von 695,8 Millionen Schilling bleibe hinter der Inflationsrate weit zurück. Es werde daher der Prozentsatz am Gesamtbudget verschwiegen. Ein Prozent seien für eine Kulturstadt wie Wien zu wenig, allerdings sei darum viel geschehen. Das Jahrebudget entspreche den Baukosten von 500 Meter U-Bahn.

Zur geplanten Garagenauffahrt am Heldenplatz meinte Pawkowicz, Zilk habe sich zum Glück dagegen ausgesprochen, obwohl hier anscheinend ein Einverständnis zwischen dem SPÖ-Finanzstadtrat und dem ÖVP-Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes vorliege. Stadtrat Mauthe hätte auf seinen Klubkollegen, Bezirksvorsteher Heinz, einwirken sollen, von diesem Projekt abzusehen.

Abschließend stellte Pawkowicz den ANTRAG, die Förderungsrichtlinien für den Garagenfonds, der bereits über sehr hohe Rücklagen verfüge, neu zu gestalten und zu entschärfen.

Zur Parkplatzproblematik am Josefsplatz meinte Pawkowicz, die Baulücke am Ballhausplatz solle architektonisch geschlossen werden. Abschließend sprach der FPÖ-Gemeinderat seine Hoffnung aus, das Palais Harrach werde ebensc schnell wiedereröffnet und übergeben wie das renovierte Volkstheater. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

54 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Weitgehende Übereinstimmung beider Parteien in der Kulturarbeit stellte Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) fest. Es geschieht viel in Wien. Was jedoch in höherem Ausmaß nötig sei, ist eine urbane Kultur die vereinigend und nicht trennend wirkt. Mit steigendem Wohlstand hat sich die Stadt "verhäßlicht". Nach einer Zeit der Verleugnung der Kunst und des ästhetischen Empfindens tritt nun ein Wandel ein. Der Wunsch nach Ästhetik und "Enthäßlichung" der Umwelt ist entstanden. Der Kulturstadtrat möge auf einige seiner Kollegen im Sinne von größerer ästhetischer Sensibilität einwirken. Auch mit dem Wissenschaftsministerium ist eine engere Zusammenarbeit notwendig. Stadtrat Zilk sei es gelungen, eine gute Zusammenarbeit mit den Bundestheatern zu erzielen. Mit dem Wissenschaftsressort ist dies noch nicht gelungen. Der aktuelle Anlaß dringender Gespräche ist die kommende Sedisvakanz des Leiterpostens im Kunsthistorischen Museum. Stadtrat Mauthe kritisierte die Subventionsvergabe nach dem Gießkannenprinzip. Wenn das Kulturbudget knapper wird, könne man sich diese Politik nicht mehr leisten. Es gebe geradezu Subventionskünstler, deren Kunst sich darauf ausrichtet, Subventionen zu erhalten. Echte urbane Kultur soll man von selbst entstehen lassen und sodann pflegen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

55 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) verwies auf die unbürokratische und rasche Arbeit im Kulturressort, die ein großes kulturelles Angebot bei äußerster Sparsamkeit ermöglicht.

Das Historische Museum zeigt 1981 eine Reihe erfolgreicher Ausstellungen, von denen die "Egon Schiele-Ausstellung" 106.000 Besucher in 35 Tagen anzog. In der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten läuft noch immer die Ausstellung "Anatols Jahre", die im kommenden Jahr durch eine Schau über die Kultur der Jahrhundertwende "Versacrum" abgelöst wird. Weiters zeigt das Museum im kommenden Jahr die Ausstellungen "Evangelisch in Wien", "Wien zur Zeit Joseph Haydns" und eine "Kokoschka-Ausstellung". Auf der Tuchlauben wird eine Außenstelle mit Fresken aus dem Mittelalter eröffnet.

Die Stadt- und Landesbibliothek feierte 1981 ihr 125-Jahr-Jubiläum mit der erfolgreichen Ausstellung "Tagebuch der Straße". Im kommenden Jahr wird die Bibliothek eine "Ernst Krenek-Ausstellung" zeigen. Das Mediengesetz 1982 und damit die Übernahme aller in Wien verlegten Werke wird die Bibliothek vor große Aufgaben stellen.

Das Stadt- und Landesarchiv leistet wertvolle Arbeit zur Erhaltung unseres Kulturgutes. Die Arbeit am historischen Atlas von Wien ist das wesentlichste der zahlreichen wissenschaftlichen Vorhaben des Archivs. Die Zusammenarbeit mit den Bezirksmuseen wird im kommenden Jahr intensiviert, eine Reihe von Ausstellungen wird durchgeführt. Wie im Archiv sind auch in der Stadtbibliothek und im Museum der Stadt Wien die Vorbereitungen für Ausstellungen und Publikationen zum Türkenjahr 1983 bereits im Gange. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

56 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Das Problem Ronacher ist ein schwieriger Komplex, sagte GR. Mag. KAUER (ÖVP). Dies gilt für die Eigentumsverhältnisse ebenso wie für die mögliche Nutzung. Das Ronacher ist zweifellos einer der sensiblen Punkte in unserer Stadt. Kauer hob hervor, daß sich StR. ZILK bereits mehrmals für die Erhaltung des Ronachers engagiert habe. Jetzt allerdings existieren offenbar Umbaupläne, wonach das Ronacher praktisch "ausgekernt" und mit Blechkuppeln versehen werden soll. Dies ist keine Lösung, sagte Mag. Kauer.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerdienst übte Kauer Kritik an dem dort angebotenen Informationsmaterial und verwies in dieser Hinsicht auf das gute Beispiel der Pariser Stadtverwaltung.

StR. ZILK habe im November einen Jungbürgerbrief herausgegeben, in dem für die Verbauung der Steinhofgründe geworben wurde. Mit keinem Wort aber wurde darin auf die Bevölkerungsinitiative gegen die Verbauung der Steinhofgründe hingewiesen. Dies sei blamabel, schloß Mag. Kauer. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

57 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) betonte, es gelte, im Kulturbereich das Bestehende zu bewahren und gleichzeitig für das Neue aufgeschlossene zu sein. "Kultur umfaßt alles, was Menschen verändern können", sagte Stiehl. Es gehe auch darum, daß jeder Bürger der Stadt die Möglichkeit haben müsse, an Kulturaktivitäten teilnehmen zu können. Hier bieten sich die Bezirksveranstaltungen an.

Positiv bewertete die Rednerin die Tätigkeit der MA 7. "Sie hat sich um Kulturamt zum Kulturinstrument entwickelt", und man sehe dies überall, die Stadt Wien lebt und ist ohne Zweifel eine Kulturmetropole.

GR. Stiehl hob die Tätigkeit des Wiener Volksbildungswerkes hervor. Diese Institution mache mit der Projektförderung eine gezielte Subventionierung. Das Volksbildungswerk habe eine Servicefunktion für alle Kulturvereine. Damit werde den verschiedensten Gruppierungen, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit eine organisatorische und rechtliche Unterstützung geboten.

Abschließend bezeichnete GR. Stiehl die kommunale Kunstförderung als nötig. Sie habe neben der sozialen Aufgabe, die materielle Lage junger Künstler zu verbessern, auch die Möglichkeit, die Kunst jedermann zugänglich zu machen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

58 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat ZILK (SPÖ) bekannte sich zum Anliegen, die Ausgaben für Kultur zu erhöhen. Im Vergleich mit anderen Städten müsse allerdings beachtet werden, daß es in Wien eine andere Ressortverteilung gäbe. Man dürfe die Kulturpolitik auch nicht nur an der Höhe der Subventionen messen, wichtig wäre die Effizienz. In der Frage des Josefsplatzes verwies StR. Zilk auf die heutige Fernsehsendung "österreichbild", wo dieses Thema zur Sprache gekommen sei.

In der Kulturpolitik herrsche prinzipielle Übereinstimmung zwischen den Fraktionen; in grundsätzlichen Fragen müsse es immer unterschiedliche Auffassungen geben. Als Beispiel für die Zurückführung auf das alte Stadtbild kündigte Zilk für kommenden Freitag die Aufstellung der wiederhergestellten Litfaßsäule am Stephansplatz an.

Mit dem derzeitigen System der Subventionsvergabe sei es gelungen, sogenannte "Subventionskünstler" zu verhindern. Zum "Metropol" meinte Zilk es sei zwar ein kommerziell geführtes Unternehmen, und die Selbstverwaltung komme nur in dem selbst zu entrichtenden Eintrittspreis zum Ausdruck, trotzdem begrüße er alle Aktivitäten auf diesem Gebiet. Alle Lärmbeschwerden seien von der Magistratsabteilung 7 möglichst kalmierend behandelt worden, während die VP-Bezirksvertretung das Experiment mit dem Jugendzentrum in der Gassergasse in unfairer Weise behindert habe. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

59 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) In Bezug auf das Ronacher erklärte ZILK, man habe nach langwierigen Verhandlungen von den Eigentümern erreicht, daß sie auf einen Abbruch verzichteten. Die jetzt geplante Aufteilung auf ein Hotel mit eingeschlossenem Variete und Gastspieltheater wird von den Eigentümern selbst betrieben, ohne Einsatz von Gemeindemitteln. Die Verzögerung sei dadurch entstanden, daß die Entwürfe aus architektonischen Gründen mehrfach abgelehnt werden mußten. Abschließend bezeichnete Zilk den Bürgerdienst mit seinen neuen Außenstellen als sehr erfolgreich im Sinne der Vermenschlichung der Stadtverwaltung.

In einer kurzen Wortmeldung ersuchte daraufhin GR. HAHN (ÖVP) Stadtrat ZILK, sich für den von ihm verwendeten Ausdruck "kläffende Parlamentshunde" zu entschuldigen, was dieser tat.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 22.20 Uhr unterbrochen. Morgen, Mittwoch, findet um 9 Uhr eine Festsitzung des Landtages statt, anschließend, um 10.15 Uhr, wird die Gemeinderatssitzung mit der Geschäftsgruppe Stadtplanung fortgesetzt. (Schluß) roh/fe

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN